

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 45 | 07.11.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNGEN

Andreas Hauer

[Gerichtsbareit des öffentlichen Rechts](#)

Das Buch „Gerichtsbareit des öffentlichen Rechts“ stellt die Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit in allen wesentlichen Details dar und gibt einen Überblick über die Gerichtsbareit des EGMR und die Gerichtsbareit der Europäischen Union.

ISBN 978-3-902883-40-7, 4. Auflage, XXXVIII und 478 Seiten, Harteinband, 49 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

Birgit Haslinger/Sigmar Stadlmeier

[Public International Law](#)

Das Buch „Public International Law“ wurde für die Bedürfnisse des universitären Völkerrechtsunterrichts entwickelt. Es behandelt unter anderem Völkerrechtsquellen, Völkerrechtssubjekte, internationale Verantwortlichkeit, friedliche Streitbeilegung, diplomatisches und konsularisches Recht, See-, Luftfahrt- und Weltraumrecht, kollektive Sicherheit und internationales humanitäres Recht.

ISBN 978-3-902883-39-1, 2. Auflage, VIII und 167 Seiten, Harteinband, 35 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 318/2019 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die **Funkschnittstellen-Beschreibungsverordnung** geändert wird

[BGBl II 321/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Dienstrechtsverfahrens- und Personalstellenverordnung - BMF 2009** - DVPV-BMF 2009 geändert wird

[BGBl II 322/2019](#)

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz über den 64. Nachtrag zum **Arzneibuch**

[BGBl II 323/2019 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Abfrage von sensiblen Daten 2019 nach dem Transparenzdatenbankgesetz 2012 (**Transparenzdatenbank-Abfrageverordnung 2019**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 284 v 05.11.2019, 1](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2019/1808 des **Berichtigungshaushaltsplans Nr 1** der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2019

[ABI L 284 v 05.11.2019, 21](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2019/1809 des **Berichtigungshaushaltsplans Nr 2** der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2019

[ABI L 287 v 07.11.2019, 1](#)

Beschluss (EU) 2019/1817 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2019 über die **Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds** der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Italien, **Österreich** und Rumänien

[ABI L 288 v 07.11.2019, 1](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2019/1818 des **Berichtigungshaushaltsplans Nr 3** der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2019

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

01.10.2019, [G 330/2018](#)

WohnungseigentumsG; keine Verletzung im Gleichheitsrecht und im Recht auf Unversehrtheit des Eigentums durch eine Regelung im WohnungseigentumsG; Geltendmachung der **gerichtlichen Nutzwertfestsetzung** innerhalb einer Einjahresfrist bei einer Abweichung des (privaten) Nutzwertgutachtens von 3 % von der tatsächlichen Sachlage einerseits sowie die Möglichkeit der unbefristeten Geltendmachung bei Verstößen gegen zwingende Grundsätze der Nutzwertfeststellung andererseits nicht unsachlich

09.10.2019, [E 1851/2019](#)

AdelsaufhebungsG; die Verwaltungsstrafbestimmung des § 2 AdelsaufhebungsG sieht sowohl eine Geld- als auch eine (primäre) Freiheitsstrafe vor; der – seit 1919 inhaltlich unveränderte – Strafsatz „bis zu 20.000 K“ ist freilich nicht mehr anwendbar; das LVwG Wien hatte daher zu Recht von der **Verhängung** einer **Geldstrafe** abgesehen; ob – im Hinblick auf die festgestellte Übertretung des AdelsaufhebungsG – statt dessen eine **Freiheitsstrafe** zu verhängen gewesen wäre, war schon deshalb nicht zu prüfen, weil der Bf durch Nichtverhängung einer solchen Strafe nicht in Rechten verletzt sein konnte; AdelsaufhebungsG steht zudem in **Verfassungsrang** und kann daher nicht gegen den **Gleichheitssatz** verstoßen; die Aufhebung des Adels wird in stRsp als Mittel zur Herstellung demokratischer Gleichheit qualifiziert

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

02.08.2019, [Ra 2018/11/0139](#)

GewO; seit der Wiedereinführung der „Wahrungsklausel“ mit der Novelle BGBl I 85/2013 verlangt § 111 Abs 4 Z 4 vorletzter Satz GewO, dass beim „Verkauf von Waren gemäß lit. a bis c ... der Charakter des Betriebes als Gastgewerbebetrieb gewahrt bleiben“ muss; wie die Materialien zeigen, sollte die Wendung „**Charakter des Betriebes als Gastgewerbebetrieb**“ bedeuten, dass einerseits das Erscheinungsbild des Betriebs dem eines Gastgewerbebetriebs entspricht und andererseits der wirtschaftliche Schwerpunkt im Standort auf dem Gastgewerbe liegt; dass beide Voraussetzungen kumulativ vorliegen müssen, kann nicht ernsthaft bezweifelt werden; daraus folgt aber, dass eine Wahrung des Betriebscharakters bereits dann nicht vorliegt, wenn etwa nur der wirtschaftliche Schwerpunkt auf dem Gastgewerbe liegt; um die Wahrung des Betriebscharakters als Gastgewerbebetrieb bejahen zu können, bedarf es jedenfalls entsprechender Feststellungen zum Erscheinungsbild des Betriebs

C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG Vbg 21.10.2019, [LVwG-1-433/2018-R16](#)

GlücksspielG; § 52 Abs 2 GlücksspielG steht in offenkundigem Widerspruch zu unmittelbar anwendbarem Unionsrecht, da § 52 Abs 2 leg cit für den Fall der Nichteinhaltung der Verpflichtung in Bezug auf die Einholung der **verwaltungsbehördlichen Genehmigung** (Konzession oder Bewilligung) die **Verhängung** von **Geldstrafen** vorsieht, die einen im Vorhinein festgelegten Betrag nicht unterschreiten dürfen, die für jedes betreffende Glücksspielgerät kumulativ und ohne Beschränkung verhängt werden, zu denen im Fall der Abweisung einer gegen den Strafbescheid erhobenen Beschwerde ein **Verfahrenskostenbeitrag** iHv 20 % der verhängten Strafe hinzutritt und die im Fall der Uneinbringlichkeit in Ersatzfreiheitsstrafen umgewandelt werden

LVwG Vbg 22.10.2019, [LVwG-323-1/2019-R1](#)

FeuerpolizeiO; Maßnahmen, welche nach der Bautechnikverordnung und den entsprechenden OIB-RL für ein neu zu erbauendes Gebäude als Auflagen vorgeschrieben werden müssten, können nicht mit einem augenscheinlich groben **feuerpolizeilichen Mangel** iSd § 6 Abs 1 und § 7 Abs 2 FeuerpolizeiO gleichgesetzt werden; auch kann der FeuerpolizeiO keine Intention des Gesetzgebers dahingehend entnommen werden, dass mit den genannten Regelungen eine **brandschutztechnische Ausrüstung** von konsensgemäß errichteten Gebäuden bewirkt werden sollte

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[05.11.2019, verb Rs C-663/17 P ua, EZB/Trasta Komercbanka ua](#)

Rechtsmittel – Zulässigkeit – Vertretung einer Partei vor dem Gerichtshof – Dem Anwalt erteilte Vollmacht – **Widerruf der Vollmacht** durch den Liquidator der rechtsmittelführenden Gesellschaft – **Fortsetzung des Verfahrens** durch das Leitungsgremium der rechtsmittelführenden Gesellschaft – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Verordnung (EU) Nr 1024/2013 – Aufsicht über Kreditinstitute – Beschluss, mit dem einem Kreditinstitut die **Zulassung entzogen** wird – Nichtigkeitsklage vor dem Gericht der Europäischen Union – Zulässigkeit – Unmittelbare Betroffenheit der Aktionäre der Gesellschaft, deren Zulassung entzogen wurde

[05.11.2019, Rs C-192/18, Kommission/Polen \(Indépendance des juridictions de droit commun\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – **Rechtsstaatlichkeit** – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz in den vom Unionsrecht erfassten Bereichen – Grundsätze der Unabsetzbarkeit der Richter und der richterlichen Unabhängigkeit – Herabsetzung des **Ruhestandsalters für Richter** an den polnischen ordentlichen Gerichten – Möglichkeit, das Richteramt mit Genehmigung des Justizministers über das neu festgelegte Ruhestandsalter hinaus auszuüben – Art 157 AEUV – Richtlinie 2006/54/EG – Art 5 Buchst a und Art 9 Abs 1 Buchst f – **Verbot von Diskriminierungen** aufgrund des Geschlechts in Entgelt-, Arbeits- und Beschäftigungsfragen – Festlegung unterschiedlicher Ruhestandsalter für Frauen und Männer, die als Richter an den polnischen ordentlichen Gerichten und am Sąd Najwyższy (Oberstes Gericht, Polen) sowie als Staatsanwälte bei den polnischen Staatsanwaltschaften tätig sind

[07.11.2019, Rs C-68/18, *Petrotel-Lukoil*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Besteuerung von Energieerzeugnissen** und elektrischem Strom – Richtlinie 2003/96/EG – Art 21 Abs 3 – Fehlen eines einen Steueranspruch begründenden Steuerentstehungstatbestands – Verbrauch von Energieerzeugnissen innerhalb des Betriebsgeländes eines Betriebs, der solche Erzeugnisse herstellt – Art 2 Abs 3 – Pflicht, die Einreihung von Energieerzeugnissen zu Zwecken der **Festsetzung der Verbrauchsteuer** einzuholen – Steuersatz, der auf diese Erzeugnisse Anwendung findet – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

[07.11.2019, verb Rs C-80/18 bis C-83/18, *UNESA*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verursacherprinzip – Gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt – Richtlinie 2009/72/EG – Art 3 Abs 1 und 2 – Diskriminierungsverbot – **Finanzierung des Tarifdefizits** – Steuern, denen ausschließlich Unternehmen unterliegen, die zur **Stromerzeugung Kernenergie** nutzen

[07.11.2019, verb Rs C-105/18 bis C-113/18, *UNESA*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verursacherprinzip – Richtlinie 2000/60/EG – Art 9 Abs 1 – **Deckung der Kosten** der Wasserdienstleistungen – Gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt – Richtlinie 2009/72/EG – Art 3 Abs 1 – Diskriminierungsverbot – Art 107 Abs 1 AEUV – Staatliche Beihilfe – Entgelt für die Nutzung der **Binnengewässer zur Stromerzeugung** – Entgelt, das ausschließlich von **Erzeugern von Wasserkraftstrom** zu entrichten ist, die in überregionalen Gewässereinzugsgebieten tätig sind

[07.11.2019, Rs C-213/18, *Guaïoli ua*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 7 Abs 1 Buchst a – Zuständiges Gericht für vertragliche Streitigkeiten – Gemeinsame Regelung für **Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen** für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5, 7, 9 und 12 – Übereinkommen von Montreal – Zuständigkeit – Art 19 und 33 – Klage auf Ausgleichszahlungen und **Schadensersatz** wegen Annullierung und **Verspätung von Flügen**

[07.11.2019, Rs C-280/18, *Flausch ua*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – **Umweltverträglichkeitsprüfung** bei bestimmten Projekten – **Beteiligung der Öffentlichkeit** am Entscheidungsverfahren und Zugang zu den Gerichten – Fristbeginn für Überprüfungsverfahren

[07.11.2019, verb Rs C-349/18 bis C-351/18, *Kanyeba*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eisenbahnverkehr – Rechte und Pflichten der Fahrgäste – Verordnung (EG) Nr 1371/2007 – Art 3 Nr 8 – **Beförderungsvertrag** – Begriff – Fahrgast, der beim Einstieg in den Zug keine Fahrkarte hat – **Missbräuchliche Klauseln** in Verbraucherverträgen – Richtlinie 93/13/EWG – Art 1 Abs 2 und Art 6 Abs 1 – Allgemeine Beförderungsbedingungen eines Eisenbahnunternehmens – Bindende Rechtsvorschriften – **Vertragsstrafklausel** – Befugnisse des nationalen Gerichts

[07.11.2019, verb Rs C-364/18 u C-365/18, *Eni*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 94/22/EG – **Energie** – Voraussetzungen für die Erteilung und Nutzung von Genehmigungen zur Prospektion, Exploration und Gewinnung von **Kohlenwasserstoffen** – Royalties – Berechnungsmodalitäten – **Energiequotenindex** und Pfor-Index – Diskriminierender Charakter

[07.11.2019, Rs C-396/18, *Cafaro*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Verordnung (EU) Nr 1178/2011 – Anhang I, FCL.065 – Zeitlicher Geltungsbereich – Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Diskriminierung wegen des Alters – Art 2 Abs 5 – Art 4 Abs 1 – Nationale Regelung, die die **automatische Beendigung** des Arbeitsverhältnisses bei Vollendung des **60. Lebensjahrs** vorsieht – **Piloten von Luftfahrzeugen** – Schutz der nationalen Sicherheit

07.11.2019, verb Rs C-419/18 u C-483/18, Profi Credit Polska

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Art 3 Abs 1 – Art 6 Abs 1 – Art 7 Abs 1 – Richtlinie 2008/48/EG – Art 10 Abs 2 – **Verbraucherkreditverträge** – Zulässigkeit der Sicherung der durch den betreffenden Vertrag entstandenen Forderung durch einen **Blanko-Eigenwechsel** – Klage auf Zahlung der Wechselschuld – Umfang der von Amts wegen auszuübenden richterlichen Befugnisse

07.11.2019, Rs C-555/18, KHK (Saisie conservatoire des comptes bancaires)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 655/2014 – Europäischer Beschluss zur vorläufigen **Kontenpfändung** – Art 5 Buchst a – Verfahren zur Erwirkung – Art 4 Nr 8 bis 10 – Begriffe ‚gerichtliche Entscheidung‘, ‚gerichtlicher Vergleich‘ und ‚öffentliche Urkunde‘ – Nationaler **Mahnbescheid**, gegen den Widerspruch erhoben werden kann – Art 18 Abs 1 – Fristen – Art 45 – **Außergewöhnliche Umstände** – Begriff

B. SCHLUSSANTRÄGE

07.11.2019, C-584/17 P, ADR Center/Kommission (GA Kokott)

Rechtsmittel – **Finanzhilfvereinbarungen** zwischen der Kommission und Subventionsempfängern – Erlass eines Beschlusses, der einen vollstreckbaren Titel gemäß Art 299 AEUV darstellt (Titulierungsbeschluss), zur Rückforderung vertraglich gewährter **Subventionen** – Befugnis der Kommission zum Erlass einseitiger **Rückforderungsbeschlüsse** zur Beitreibung vertraglicher Forderungen – Gerichtliche Überprüfung – Zuständigkeit und Prüfungskompetenz des Unionsrichters

07.11.2019, C-488/18, Golfclub Schloss Iqing (GA Hogan)

Vorabentscheidungsersuchen – Gemeinsames **Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Befreiungen – Art 132 Abs 1 Buchst m – In engem **Zusammenhang mit Sport** stehende Dienstleistungen – Unmittelbare Wirkung – **Umfang des Ermessensspielraums** der Mitgliedstaaten – Grundsatz der steuerlichen Neutralität – Grundsatz der Gleichbehandlung – Begriff der Einrichtung ohne Gewinnstreben

07.11.2019, C-659/18, VW (Droit d'accès à un avocat en cas de non-comparution) (GA Bobek)

Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie 2013/48/EU – Art 2 – Anwendungsbereich – Art 3 – Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand – **Nichterscheinen vor Gericht** – Nationaler Haftbefehl – Vorübergehende Abweichungen – Art 8 – Umstände, unter denen das Recht auf einen **Rechtsbeistand** ausgesetzt werden darf

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

05.11.2019, Beschwerde Nr 32218/17, A.A. / Schweiz

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); **Ausweisung** des zum **Christentum** konvertierten Bf nach **Afghanistan** wäre konventionswidrig; keine ausreichende Beurteilung der zu erwartenden **Risiken** bei der Ausweisung

07.11.2019, Beschwerde Nr 64581/16, Natig Jafarov / Aserbaidshan

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung), **Verletzung** von **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und **Verletzung** von **Art 18 EMRK** (Begrenzung der Rechtseinschränkungen); Verhaftung und **Verhängung der Untersuchungshaft** gegen einen Oppositionspolitiker (Bf); Einsperren des Bf in einem Metallkäfig vor Gericht; kein begründeter Verdacht der Begehung einer Straftat durch den Bf; **Unterdrückung der Aktivitäten** von **Oppositionspolitikern**; Verweis auf das Urteil EGMR 14.3.2016, Nr 69981/14, *Rasul Jafarov / Aserbaidshan*

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Clara Buder, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.